Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreis: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatl. 2.— RM. Postbezug 2.— RM. (einschließl. 27,2 Rpf. Postgebühren), hierzu 36 Rpf. Zustellgeb. Postzeitungsliste 1.— RM. Kreuzbandversand: Inland 75 Rpf., Ausland 1.— RM. wöchentl. Einzelpreis: Außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf., in Groß-Dresden 10 Rpf.

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 11 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Preisliste 4 oder Rahmenpreisliste D. Ersatzgebühr für Fehlerzeichen 30 Rpf. zuzüglich Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 10 gültig.

Verlag und Schriftleitung: Dresden A. Ferdinandstraße 4 • Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen an die Schriftleitung ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 4 | Dienstag, 6. Januar 1942 | 50. Jahrgang

Vor dem japanischen Endsieg auf Luzon

Weitere japanische Verbände in Malakka gelandet – Wavell soll sein Hauptquartier nach Soerabaja auf Java verlegen

Corregidor unter Bombenhagel

Massenangriffe auf Singapur – Neue japanische Erfolge auch in Nordborneo

Privattelegramm der DNB.

⊙ Tokio, 6. Januar

Das Schicksal der aus Manila geflüchteten amerikanischen Truppen erfüllt sich unerbittlich. Dem japanischen Expeditionskorps auf Luzon ist es gelungen, nach der Durchbrechung des äußeren Festungsgürtels die nördliche Hälfte der Bataanhalbinsel zu besetzen und die Stadt Balanga einzunehmen. Die Vernichtung der Reste der USA.-Truppen auf der Insel Luzon steht unmittelbar bevor. Der Hilfsflottenstützpunkt Olongapo an der Subighucht dürfte, so wird berichtet, für das USA.-Heer nicht mehr brauchbar sein.

Die etwa 50 Kilometer lange und 30 Kilometer breite Halbinsel Batan mit dem Hauptort Balanga schiebt sich in nordsüdlicher Richtung in die Bucht von Manila hinein und grenzt diese westlich vom offenen Meer ab. (Siehe auch Seite 3.)

In einer Uebersicht der Domei-Agentur heißt es: Während Welle um Welle japanischer Flugzeuge die mächtige Festung Corregidor auf Luzon, sowie den Marinestützpunkt Olongapo und den Luftstützpunkt Malalos in einer gewaltigen Luftoffensive mit Bomben bewirft, stoßen japanische Einheiten in südlicher Richtung auf der Bataan-Halbinsel vor, nachdem sie den nördlichen Teil der Halbinsel unter ihre Kontrolle gebracht haben. Bei den Angriffen auf Corregidor haben Formationen japanischer Marineflugzeuge die Flakstellungen am Nordrande der Insel schwer beschädigt und eine Anzahl feindlicher Handelsschiffe versenkt, die in den Gewässern nordöstlich der Insel versammelt waren. Das sogenannte Kleingeschwader der USA., soweit es nicht in der Manilabucht eingeschlossen oder versenkt wurde, scheint sich in die Gewässer Niederländisch-Indiens zurückgezogen zu haben.

Es scheint wie eine Ironie des Schicksals, so fährt Domei fort, daß Roosevelts kürzliche Versicherungen, daß Verstärkungen nach den Philippinen gesandt würden, heute von den Behörden in Washington dementiert wurden, die die Meinung ausdrückten, daß der Versuch der USA.-Truppen, Corregidor und Bataan zu halten, zum Scheitern verurteilt ist, da „es keine Möglichkeit gibt, Verstärkungen zu senden".

Karte Schirl

Aus dem Bericht des Kaiserlichen Hauptquartiers geht hervor, daß die japanischen Truppen, die Britisch-Borneo angreifen, am 31. Dezember Brunei und am 1. Januar die vorgelagerte Insel Labuan eingenommen haben, während Marineflugzeuge in der Nacht zum 2. Januar und wiederum in den Morgenstunden des 3. Januar einen Massenangriff auf Singapur unternahmen, wobei militärische Ziele schwer beschädigt wurden. Japanische Einheiten marschieren mit unverminderter Stärke auf Singapur zu, während sich örtliche Streitkräfte in südlicher Richtung aus Perak zurückziehen, wobei sie von japanischen Panzereinheiten verfolgt werden.

Mittlerweile werden die USA.-Behörden immer nervöser. Die Behörden in San Franzisko sollen bereits Pläne erörtern, nach denen ein Teil oder auch die ganze Bevölkerung aus den an der Bucht gelegenen Stadtteilen evakuiert werden soll. Die USA.-Regierung hat die zentral- und südamerikanischen Länder aufgefordert, sich an der Verteidigung des Panamakanals zu beteiligen.

MacArthur der „Marienkäfer"

Moskau verhöhnt die geschlagenen Verteidiger der Philippinen – Die USA.-Truppen ohne Nachschub

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

Br. Berlin, 6. Januar

Der südafrikanische Ministerpräsident Smuts hat in einem Neujahrsinterview erklärt, daß nach dem Krieg ein dauerhafter Friede nur kommen könne, wenn die USA. sich an dem System für die Weltsicherheit beteiligten, d. h. an etwas, das auf der Linie der Genfer Liga liege, aber „mit einer wirklichen Autorität ausgestattet" sei. „Ich habe das Vertrauen, daß die USA. ihre Rolle in der Weltpolitik spielen werden." Smuts scheint England eine solche Rolle in der Weltpolitik nicht mehr zuzutrauen. Auch Smuts hält es für nützlich, sich deutlicher auf Roosevelt zu orientieren. Seine Erklärungen haben in politischen Kreisen Südafrikas einiges Aufsehen erregt. Die Dominions haben die Washingtoner Erklärung einzeln unterschrieben. Das geschah sicherlich, um die Zahl der Unterzeichner möglichst groß werden zu lassen; zum anderen zeigt dieser Vorgang aber auch, wie sehr der Prozeß der Loslösung der Dominions vom Mutterland im Fluß ist.

Der australische Ministerpräsident hat seine Selbständigkeit ausdrücklich betont und erklärt: „In Australien wird man das Gefühl haben, daß die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den USA. und Australien greifbare Formen annehmen." Die Bindung Australiens, das schon vor längerer Zeit eine eigene Gesandtschaft in Washington einrichtete, an die Vereinigten Staaten wird immer enger. Die Unzufriedenheit mit der Politik Churchills ist in der letzten Zeit deutlich genug zum Ausdruck gekommen. Die australischen Einwände lassen sich auf die kurze Formel bringen: das Mutterland hat viel von uns verlangt, aber nichts gegeben. Die USA. beerben das Empire. Fraglich bleibt allerdings nach den japanischen Siegen im Pazifik, ob Herr Roosevelt den Australiern jene Hilfe zu geben imstande ist, die Churchill nicht leistete.

Die amerikanische Strategie im Pazifik dürfte man in Australien mit einigem Unbehagen verfolgen. Man hütet sich freilich vor einer Kritik, die um so freimütiger von den Sowjets geübt wird. Die „Prawda" hat in einem Artikel, als dessen Autor Stalin vermutet wird, das Verhalten des USA.-Befehlshabers auf den Philippinen, MacArthur, mit einem Spott bedacht, über den man in London und Washington regelrecht entsetzt war. MacArthur habe sich „wie die Franzosen" benommen und statt zu kämpfen einfach die Hände hochgehalten, sagt die „Prawda". Für die Verteidiger Manilas findet sie den liebenswürdigen Vergleich mit einem Marienkäfer. Dieses Tier werfe sich bei der Annäherung eines Feindes einfach auf den Rücken und strecke die Beine in die Luft. Bisher waren es die Nordamerikaner, die vom sicheren Port aus die Kriegshandlungen ihrer Freunde mit jener Ueberheblichkeit kritisierten, die für die Yankees typisch ist. Jetzt sind sie selbst das Ziel der Kritik geworden.

Diese Kritik verdeutlicht indes auch das Wesen des in Washington so feierlich besiegelten Bündnisses zur Rettung der Welt. Einer erwartet vom anderen, daß er die Last des Krieges trage. Ein Sieg Stalins über die Deutschen soll nach dem Plan, den Roosevelt und Churchill ausgearbeitet haben, die erste Phase der gemeinsamen Kriegführung sein. Stalin ruft im Gegenteil nach neuen Fronten, die ihn entlasten. Zuerst sollten die Engländer im Mittelmeer siegen. Nun sollen es Amerikaner und Engländer in Ostasien tun. Der eine fordert Hilfe und Unterstützung vom andern.

Die englische Presse gibt sich die größte Mühe, dem amerikanischen Verbündeten deutlich zu machen, was die Niederlage im Südpazifik für die USA., ihr allgemeines politisches Ansehen und für ihr militärisches Prestige — nach britischer Ansicht — bedeute. So meldet der Newyorker „Daily-Mail"-Korrespondent u. a., niemand versuche in den USA., den Ernst der Lage zu verkennen. Die Japaner verstärkten ihr Truppenkontingent auf den Philippinen fast stündlich. Für Mac Arthur bestehe „wenig Aussicht, die Schlacht auf den Philippinen überhaupt gewinnen zu können", da er keinerlei Nachschub erhalte. „Daily Expreß" berichtet aus Newyork, der Fall von Manila und des Flottenstützpunktes von Cavite habe den Amerikanern alle Hoffnungen geraubt, daß General Mac Arthur noch siegen könne. Beamte des amerikanischen Kriegsministeriums bezeichneten gleichfalls den Verlust von Manila als einen sehr schweren Schlag für die USA. Für Mac Arthur gebe es jetzt keine andere Wahl mehr, als die, sich immer weiter zurückzuziehen oder sich mit seinen Truppen in der Festung Corregidor, am Eingang der Bucht von Manila, einzuschließen und dort bis zum letzten Mann durchzuhalten.

„Financial News" schreibt u. a., eines hätten die Japaner bisher im Pazifik mit ihren militärischen Erfolgen sicher erreicht. Sie hätten die englisch-amerikanisch-niederländische Wirtschaftsblockade durchbrochen. Es sei heute für die Verbündeten bedeutend schwieriger, eine Wirtschaftsblockade Japan gegenüber zu unterhalten, da die Japaner sich im Besitz fast aller wichtigen Rohstoffquellen der Alliierten im Pazifik befänden.

Ausgangreise v. Ribbentrops

× Berlin, 6. Januar

Der Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop hat sich am Montagabend auf Einladung des Reichsverwesers des Königreichs Ungarn, Nikolaus v. Horthy, und der königlich ungarischen Regierung zu einem mehrtägigen Besuch nach Ungarn begeben.

Tot aufgefunden

Rätsel um den Kabinettschef des französischen Innenministers

Privattelegramm der DNB.

Vichy, 6. Januar

Das französische Innenministerium gab am späten Montagabend folgendes Kommuniqué aus: Yves Paringaux, Kabinettschef des Innenministers Pierre Pucheu, wurde auf der Eisenbahnstrecke zwischen Paris und Troyes tot aufgefunden. Ueber die Umstände seines Todes besitzt man noch keine näheren Angaben.

Norwegische Wandlungen

Oslo, Anfang Januar

Nicht nur die deutschen Zeitungen verzeichnen heute mit großer Genauigkeit die Schandtaten, die sich die Engländer gegen Zivilisten, Frauen und Kinder, auf dem Kontinent zuschulden kommen lassen. Wer sich z. B. auf einer Reise nach Norwegen in Oslo im Pressedirektorat der norwegischen Regierung die norwegischen Zeitungen ansieht, kann immer wieder in ihren Spalten Anklagen gegen die englische Seeräuberei finden. Vor mir liegt z. B. eine Ausgabe der in Hammerfest erscheinenden Zeitung „Nordkapp", deren erste Seite fast ganz eine plakatartige Anklage gegen England darstellt, gegen die Männer in London, die ihre Kriegsschiffe angewiesen haben, auch solche Transporter an den Nordküsten Norwegens zu versenken, die rein zivilen Bedürfnissen dienen. Die lange Liste der bei dem im „Nordkapp" aufgeführten Attentat ums Leben gekommenen Zivilpersonen ist eine Anklage, die Europa sich merken wird. Auch die Namen dieser Toten wird das norwegische Volk in das Kapitel seiner Geschichte eintragen, das seine endgültige Befreiung von der englischen Vormundschaft behandelt.

Neue Epochen werden vorerst immer nur von wenigen Männern begriffen. Zu diesen wenigen gehört in Norwegen Knut Hamsun. Als eine in Oslo erscheinende Zeitung kürzlich einem verstorbenen Professor namens Stang einen verherrlichenden Nachruf widmete, setzte sich Knut Hamsun an seinen Schreibtisch und schrieb dem verantwortlichen Redakteur folgenden Brief: „Zu Ihrem tränentriefenden Nekrolog zur ‚hoch kultivierten Persönlichkeit' des verstorbenen Prof. Stang sollten Sie hinzugefügt haben, daß der gleiche Stang Vorsitzender des Nobel-Komitees war und mithalf, mit dem Friedenspreis des Störtings einen deutschen Gesandten zu prämiieren, den bereits die Weimarer Verfassung als Landesverräter verurteilt hatte." Hamsun wies damit nicht etwa einen vergeblichen Zeitungsmann in die Schranken zurück, sondern er erinnerte sein ganzes Volk daran, daß heute die Zeit gekommen ist, in der jeder sein persönliches Verhältnis zu seinem Volk und zu dem Schicksal, das den Völkern Europas neue Wege weist, Stellung nehmen muß.

Wohin Norwegen heute gehört, haben in jenem Lande, in dem in diesen Monaten nur an wenigen Plätzen die Sonne für einige Stunden am Tage scheint, bereits viele Menschen begriffen. Dafür sprechen nicht nur die täglich, man kann sagen, zu Hunderten bei der „Nasjonal Samling" eingehenden neuen Mitgliedsanträge, dafür ist nicht allein der Einsatz freiwilliger norwegischer Kämpfer an der Seite unserer Truppen an der Ostfront ein sichtbares Zeichen, nicht nur der zur Sicherung der Nahrungsfreiheit des Landes arbeitende Arbeitsdienst Beweis, dafür spricht auch die Gesetzgebung in Norwegen, die das Versorgungsproblem behandelt.

Die Norweger sind von alterher ein Seemanns- und Fischervolk. Seefahrer und Fischer wissen, daß jedermann seine Pflicht bis zum äußersten tun muß, wenn Gefahr droht. Sie wissen auch, wenn auf See der Proviant knapp wird, kann jeder nur seine Ration verbrauchen und nicht mehr. Diesen Gedankengang hat sich ein Gesetz zu eigen gemacht, das vor wenigen Tagen in Norwegen in Kraft getreten ist. Es verlangt nämlich, daß zum Aufbau des Landes, zur Ausnutzung aller Möglichkeiten der Selbsthilfe, jeder einzelne arbeiten muß. Nur wer arbeitet, soll in Zukunft auch Anspruch auf Lebensmittelversorgung haben. Seit Kriegsausbruch hat sich gezeigt, daß die Auffassung, nach der die Handelsflotte des Landes jederzeit in der Lage sei, seinen Bedarf zu decken, eine Illusion war. Die Einführung der Arbeitskarte, die „die Anweisung von Verbrauchsgütern entsprechend der Arbeitsleistung" regelt, ist ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege, Norwegen für alle Zukunft von England unabhängig zu machen. Sie ist weiter eine gesetzliche Maßnahme, auf die ganz Europa achten wird, denn damit ist „erstmalig gesetzlich verankert worden, daß, mit Ausnahme von Müttern und Kindern, tatsächlich nur der verlorgt werden wird, der, wenn er arbeitsfähig ist, auch wirklich arbeitet.

Daß Norwegen die Parole, die das Versorgungsgesetz gegeben hat, verteilt, beweist das vielfache Echo der norwegischen Presse darauf. Sie zeigt eine lebhafte Befriedigung darüber, daß in Zukunft die Grade der Leistungen des einzelnen die Lebensmittelzuteilungen für ihn bestimmen. Ein eindeutiges Prinzip der sozialen Gerechtigkeit; es wäre in einem Lande wie England nicht möglich. Dieses Gesetz wird freilich Norwegen nicht auf einen Schlag von jeder Einfuhr unabhängig machen. Das ist auch den dafür verantwortlichen deutschen Behörden bekannt; diese verlangen aber, daß sich das norwegische Volk der Hilfe, die ihm seit Mai 1940 von Deutschland zuteil wird, durch eigene Tatkraft würdig erweist.

Auch auf einem ganz anderen Gebiet sieht man in Norwegen Kräfte am Werk, die danach streben, aus dem Lande geistig eine Einheit zu machen: Norwegen soll eine einheitliche Rechtschreibung bekommen. Freilich hat dieser Plan, der im Frühjahr des kommenden Jahres in der Praxis verwirklicht werden wird, nicht die Wirkung einer geistigen Umwälzung wie ein gleicher Versuch ihn im Reich haben würde. In diesem Jahrhundert sind bereits in Norwegen viermal Anläufe unternommen worden, die Rechtschreibung zu ändern. Die alte Zersplitterung, die auf diesem Gebiete bestand und ursprünglich in der kulturellen Loslösung von Dänemark begründet wird, wird in Zukunft durch die neue Rechtschreibung, die für den Staatsdienst, die Schulen, die Presse und die Uebersetzungsliteratur obligatorisch wird, zu einer einheitlichen Landesschriftsprache führen. Da es von den deutschen Behörden als Aufgabe angesehen wird, alles das zu fördern, was Norwegen nutzt, werden auch diese Versuche zur Beseitigung des sprachlichen Wirrwarrs mit Sympathie beachtet.

Ebenso werden alle Bemühungen der „Nasjonal Samling" gefördert, die auf die Erhaltung der Substanz des norwegischen Volkes abzielen. Das gilt z. B. für die eben vom Führer der „Nasjonal Samling", Quisling, ins Leben gerufene NS.-Hilfsorganisation für Mutter und Kind. Dieses Hilfswerk wird dazu beitragen, daß Norwegen in Zukunft wieder an seine stolze Vergangenheit anknüpfen kann, die Zeugnis abgelegt hat von großen Heerfahrten der Norweger, von ihren Forschern, Seefahrern, Dichtern, Musikern und Ingenieuren. Ihr Grundsatz ist schon ein Zeichen dafür, daß das Land auch aus seiner politischen Bedeutungslosigkeit, in der England es bewußt gehalten hat, in die europäische Gegenwart hineinwächst. Allein die Fürsorge für Mutter und Kind wird bei der gegenwärtig in Norwegen relativ gleichbleibenden Geburtenzahl einen absoluten Bevölkerungszuwachs erreichen. Schon die Tatsache, daß dieses Problem erkannt ist und angepackt wird, muß für die Engländer, wenn sie nach eineinhalbjähriger Besetzung Norwegens durch die deutsche Wehrmacht eine Bilanz ziehen, der Beweis einer von den Briten erlittenen endgültigen geistigen Niederlage im Norden Europas sein.

Dr. Karl Scharping

„Luftlage in Malaia ausgesprochen schlecht"

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

Br. Berlin, 6. Januar

Die Vorwürfe in der englischen und mehr noch in der australischen Oeffentlichkeit über das Fehlen einer ausreichenden Luftverteidigung der britischen Stützpunkte haben den britischen Rundfunksprecher Oliver Stewart genötigt, mit der Wahrheit herauszurücken. Er erklärt im britischen Rundfunk: „Im pazifischen Raum werden sehr viele Flugzeuge gebraucht. Trotz der steigenden Produktion an Flugzeugen in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Rußland ist die Gesamtproduktion zu gering, um überall genügend Flugzeuge zu stationieren. Wenn man nach Malaia Luftverstärkungen senden sollte, so würde das eine Schwächung der Luftwaffe in Großbritannien selbst oder in Nordafrika bedeuten. Unsere Luftlage in Malaia ist ausgesprochen schlecht, aber es ist unmöglich, sie zu verbessern." Oliver Stewart schließt mit der Feststellung, „eine Verstärkung müßte von anderer Seite kommen".

Der bekannte englische Militärschriftsteller Liddell Hart kritisiert weiterhin die englisch-nordamerikanische Fehlstrategie in Ostasien. „Alle militärischen Bewegungen der Japaner", so schreibt er, „lassen auf den einheitlichen strategischen Plan, Singapur völlig lahmzulegen, hinaus. Es ist schwer vorauszusehen, wie man diesen Plan noch durchkreuzen will. In diesen kritischen Augenblicken zählen nicht theoretische Erklärungen, sondern entscheiden nur die Taten."

Singapur bereits abgeschrieben?

Telegramm unseres Korrespondenten

△ Stockholm, 6. Januar

Nach einer Londoner Reuter-Meldung haben die Japaner an der Westküste von Malakka, an der Mündung der Flüsse Perak und Beraon, neue Truppenverbände in kleinen Booten gelandet. Die Verbände sollen zwar zahlenmäßig nicht so groß sein, doch stellten sie eine neue Bedrohung der linken britischen Flanke dar. Inzwischen seien die britischen Truppen südlich von Ipoh auf neue Stellungen zurückgezogen worden, die sich südlich von Bides befinden dürften, das rund 110 Kilometer nördlich von Kuala Lumpur liegt. Es sind bereits heftige Vorpostengefechte mit den Japanern im Gange, die, wie Reuter selbst zugibt, den Briten auf den Fersen sind. „Sunday Times" schreibt: „Die Japaner haben über zwei Drittel von Malakka erobert und bedrohen auch das letzte Drittel. Sie besitzen bereits die meisten Gummiplantagen und Zinngruben."

Nach einer weiteren Reuter-Meldung aus London ist der Vorschlag gemacht worden, daß General Wavell in seiner Eigenschaft als alliierter Oberbefehlshaber in Ostasien sein Hauptquartier nach Soerabaja auf der niederländisch-indischen Insel Java verlegen soll. Diese Meldung verdient stärkste Beachtung, da sie offensichtlich zeigt, wie wenig man sich über die Lage Singapurs noch Illusionen hingibt. Schon heute betont man daher in London nicht nur, daß der Hafen Soerabajas in eine starke Festung umgewandelt worden ist, sondern auch, daß dieser Hafen für die Kriegsversorgung bereits eine „ebenso wichtige Zentrale wie Singapur" sei.

Wehrdienstproklamation Roosevelts

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

Br. Berlin, 6. Januar

Roosevelt hat eine Proklamation erlassen, wonach alle Männer im Alter von 20 bis 44 Jahren einberufen werden können. Männer im Alter von 45 bis 64 Jahren werden wahrscheinlich später eingezogen. Jedoch werden sie nicht mit der Waffe in der Hand kämpfen.

In einer vom USA.-Außenamt herausgegebenen Erklärung werden „geeignete Persönlichkeiten" auf-